

# Lichtenstein-Galuberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Gehndorf, Adlig, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Mendorf, Ortmannsdorf, Müssen St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Slangendorf, Thurn, Niedermüssen, Rabschnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichem Amtsgerichtsbezirk

68. Jahrgang  
 Nr. 241. **Dienstag, den 15. Oktober** 1918.

Preis: Einzelheft 10 Pf., 6 Hefte 50 Pf., 12 Hefte 1.00 Mk. — Druck- und Verlagskosten sind in dem Preis enthalten. — Die Abnehmer erhalten die Zeitung gratis. — Die Anzeigen sind nach dem Tarif zu berechnen. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckfehler nicht verantwortlich. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckfehler nicht verantwortlich.

## Höchstpreise für Gemüse.

Mit Wirkung vom 13. Oktober 1918 ab werden mit Zustimmung und im Auftrag der Reichsstelle für Gemüse und Obst und auf Grund der Bekanntmachung über Erzeugerpreise für Gemüse vom 22. August 1918 sowie gemäß der Bundesratsverordnung vom 9. März 1918 über Preise für Gemüse, Obst und Delikatessen folgende Höchstpreise festgesetzt:

Erzeugerpreis: — je 100 Kilogramm oder Schiff — (vertrags- freie Ware)	Erzeuger- preis (Vertrags- Ware)	Gruppe I:		Gruppe II:		Gruppe III:	
		Groß- preis	Einzel- preis	Groß- preis	Einzel- preis	Groß- preis	Einzel- preis
1. Weißkohl	3,75	4	9	13	7,5	11	6
2. Rotkohl	7	7,5	13,5	18	11,5	16	10
3. Wirsingkohl	6,5	7	13	18	11	16	9,5
4. Rosenkohl	7	7,5	14	19	12	17	10,5
5. Rote Möhren und längliche Karotten (ohne Kraut)	6,5	7	12,5	17	10,75	16	9
6. Gelbe Möhren (ohne Kraut)	4,75	5	10	15	8,5	12	6,5
7. Weiße Möhren (ohne Kraut)	3		7,5	11	6	9	4,5
8. Rote runde Karotten	12		18	25	16,5	23	15
9. Rote Rüben (mit Beete)	7	8	12	17	11	16	10
10. Gelbe Röh- rüben	2,25		6	10	5	8	4,25
11. Weiße Rohrüben	1,75		5	9	4,5	7	3,75

12. Zwiebeln (ohne Kraut) mit Saft	14,5	15	25	35	23,5	31	22,5	30
13. Gerb- wasser- Kleppel- rüben, Rot- rüben, sowie Kartoffelrüben (Futter- kartoffelrüben)	1,5		3	6	2,5	5	2,25	5

Unter Gruppe I fallen die Kommunalverbände: Dresden-Stadt und Land, Leipzig-Stadt, Chemnitz-Stadt, Plauen-Stadt.  
 In Gruppe II gehören die Kommunalverbände: Annaberg, Kuerbach, Döhlen-Stadt, Chemnitz-Land, Döhlen, Freiberg-Stadt, Hühne, Glanitz, Großenhain, Leipzig-Land, Marienberg, Delitzsch, Pirna, Plauen-Land, Rochitz, Schwarzenberg, Stollberg, Jitzo-Stadt und Land, Zwickau-Stadt, Zwickau-Land.  
 Die Preise der Gruppe III gelten für die Kommunalverbände Bautzen-Land, Borna, Dippoldiswalde, Grimma, Riesa, Reichenbach-Stadt und Land, Oelsch, Riesa.  
 Die Kommunalverbände sind berechtigt und nach Befinden verpflichtet, niedrigere Groß- und Einzelhandelspreise, als in ihrem Bezirk nach den Bestimmungen unter I und II geltend haben würden, festzusetzen.  
 Auf jeden Fall sind sie verpflichtet, binnen 8 Tagen die in ihrem Bezirk zu erzielenden Preise — gleichgültig ob sie von der Befugnis der Festsetzung der Höchstpreise Gebrauch machen oder nicht — nochmals bekanntzugeben.  
 Vom 13. Oktober 1918 ab tritt die Ministerialverordnung Nr. 1517 V G 2 vom 29. August 1918 (Sächs. Gesetzblatt Nr. 202 vom 30. 8. 18) insofern außer Kraft, als durch die vorstehende Verordnung für die einzelnen Gemüsearten neue Preise festgesetzt sind; im übrigen behält sie ihre Gültigkeit.  
 Dresden, am 10. Oktober 1918.  
 Ministerium des Innern.

## Kurze wichtige Nachrichten

\* Nach der „Frankf. Ztg.“ wurde der Straßburger Bürgermeister Dr. Schwander zum Statthalter von Elsaß-Lothringen berufen und der reichsständische Reichstagsabgeordnete Haug zum Staatssekretär der elsäß-lothr. Regierung bestimmt.  
 \* Der Wirtwart in Oesterreich-Ungarn dauert weiter an, die Parteiführer wurden von Kaiser Karl empfangen.  
 \* Der tschechische Staat, der von tschechischen Heißspornen erfehnt wird, würde nach offenem Eingeständnis Kramarschs in steter Kampfstellung gegen das Deutschtum sein, also eine dauernde Bedrohung des Friedens bilden.  
 \* Die Königswahl in Finnland wird im ganzen Lande mit Befriedigung aufgenommen.  
 \* Der Räumung der Ukraine von deutschen und österreichischen Truppen wird wegen der Ausdehnung der Bolschewiki-Bewegung von der dortigen gutgesinnten Bevölkerung mit Sorge entgegengesehen.  
 \* Zwischen Lansing und Lloyd George soll bezüglich der Friedensaktion Uebereinstimmung bestehen.  
 \* Als Friedenskonferenzort wird jetzt Brüssel genannt.  
 \* Laut Vossler Blätter meldet der Pariser „Temps“, daß die Alliierten bereit seien, Bulgarien gegenüber auf die Erstattung der Kriegskosten und der Kosten für die Wiederherstellung Serbiens Verzicht zu leisten.

## Eine neue Kanklerkrisis?

Im Reichstage riecht es bereits wieder nach einer Kanklerkrisis. Der linke Flügel der Mehrheitspartei ist entgeistert über die Veröffentlichung eines Briefes, den Prinz Max von Baden vor einem Jahre an den Prinzen Alexander von Hohenlohe geschrieben hat. Die Entente hat den Brief zur richtigen Zeit veröffentlicht, um die Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers im In- und Auslande

zu diskreditieren. Er schreibt, daß die Friedensresolution des Reichstags ein schauerhaftes Produkt der Hundstage und der Angst sei. Er tritt weiter ein für eine erhebliche Kriegsentschädigung und betrachtet Belgien unter dem Gesichtswinkel eines Kompensationsobjektes. Der Brief ist, wie der Kanzler nicht leugnet, echt; er steht in denkbar schroffem Gegensatz zu den Anschauungen, die Prinz Max in seiner letzten Reichstagsrede vorgetragen hat, und wenn wir nicht mitten in der Entscheidung über die Friedensverhandlungen ständen, wäre ohne weiteres zu sagen, daß Prinz Max nach dieser Veröffentlichung erledigt sei. So scheint man aber noch krankhaft Veruche zu machen, ihn zu halten. Die bürgerlichen Parteien sind von der Sonnabend-Erklärung des Reichskanzlers befriedigt. Die am Dienstag zusammentretende sozialdemokr. Reichstagsfraktion wird zu dieser Angelegenheit erst Stellung nehmen.  
 Da bei der Auswahl des neuen Reichskanzlers der Gesichtspunkt seiner Vertrauenswürdigkeit dem feindlichen Auslande gegenüber eine ausfallende Rolle gespielt hat, ist es bei dem Inhalt dieses Briefes zu begreiflich, daß die möglichen Folgen seiner Veröffentlichung den hinter dem Prinzen Max von Hohenlohe stehenden Parteien keine Ruhe läßt. Sie müssen also, so krautig und beschämend diese Aussicht auch ist, mit der Möglichkeit rechnen, daß auch der letzte Regierungswechsel unsrem Volk die Stabilität seiner innerstaatlichen Verhältnisse, die es noch dringender nötig hat als das liebe Brot, noch immer nicht verbürgt hat. Wie die Entscheidung auch fallen wird, so viel muß leider auch jedenfalls heute schon gesagt werden, daß die Feindschaft schon bei ihrem ersten Herrschaftsantritt in Deutschland nicht vor einem Zerklüft bewahrt worden ist, an dessen Folgen sie selbst, nicht weniger aber wohl auch das Deutsche Reich schwer genug zu tragen haben wird.  
 Die „Bairische Staatszeitung“ schreibt zu den Gerüchten über eine neue Kanklerkrise: Uns will

scheinen, als ob man selbst in den parlamentarischen Kreisen zu Ernst der Stunde, die das deutsche Volk jetzt durchleben muß, nicht völlig erkannt hat. sonst würde man mit dem rechnen, was ist, und nicht mit dem, was war. Der Krieg hat gar manche Anschauungen forciert und Aufstellungen befestigt, die vor dem Feindesfuß zu sein scheinen. Warum also jetzt fast künstlich eine neue Krise heraufbeschwören, wo es mehr denn je auf unseren inneren Zusammenhalt ankommt?

## Deutschlands Antwort an Wilson.

Berlin, 12. Oktober. (Antonia.) In Beantwortung der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die deutsche Regierung: Die deutsche Regierung hat die Zäre angenommen; die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar u. a. seinen früheren Ansprachen als Grundlage eines dauernden Friedens niederzulegen hat. Der Zweck der einzuleitenden Verhandlungen wäre als lebhaft der, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen.  
 Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Regierung der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf den Boden der Ausdehnung des Präsidenten Wilson stellen.  
 Die deutsche Regierung erklärt sich im Einklang mit der österreichisch-ungarischen Regierung bereit, zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes den Räumungsverträgen des Präsidenten zu entsprechen. Sie stellt dem Präsidenten außerdem den Vorschlag einer gemischten Kommission zu veranlassen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.  
 Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet